

Tübinger Arbeitspapiere zur Internationalen Politik  
und Friedensforschung

Nr. 40

*Peter Mayer, Volker Rittberger, Fariborz Zelli*

**Risse im Westen? Betrachtungen  
zum transatlantischen Verhältnis heute**

Abteilung Internationale Beziehungen/  
Friedens- und Konfliktforschung  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Tübingen

Copyright: Peter Mayer, Volker Rittberger, Fariborz Zelli - Tübingen 2003  
ISBN 3-927604-37-2

Herausgeber: Volker Rittberger - Redaktion: Miriam Prys, Thomas Nielebock

**Address:** Melanchthonstr. 36, D-72074 Tübingen

**Phone:** ++49 (0)7071 29-78372

**Fax:** ++49 (0)7071 29-2417

**WWW Homepage:** <http://www.uni-tuebingen.de/uni/spi/ab2menu.htm>

## *Inhaltsverzeichnis*

### **Summary**

<b>1.</b>	<b>Einleitung: Die These von den "Rissen im Westen"</b>	<b>1</b>
<b>2.</b>	<b>Die Anzeichen: Welche Belege gibt es für die Existenz von "Rissen im Westen"?</b>	<b>3</b>
	2.1. Der wachsende Dissens in der Umwelt-, Sicherheits- und Menschenrechtspolitik	3
	2.2. Der Dissens über den Umgang mit "Schurkenstaaten"	5
	2.3. Fremd- und Selbstwahrnehmungen im transatlantischen Verhältnis	10
<b>3.</b>	<b>Erklärungsansätze: Warum ist es zu diesen Rissen gekommen?</b>	<b>12</b>
	3.1. Drei Perspektiven auf die internationale Politik	12
	3.2. Realistische, konstruktivistische und liberale Erklärungsansätze für die Risse im transatlantischen Verhältnis	14
	3.2.1. Realistische Perspektiven	14
	3.2.2. Konstruktivistische Perspektiven	16
	3.2.3. Liberale Perspektiven	18
<b>4.</b>	<b>Lösungsansätze: Wie die Risse kitten?</b>	<b>20</b>
	4.1. Realismus: Bildung von Gegenmacht durch Vorantreiben der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik	21
	4.2. Konstruktivismus: Dialog der Kulturen	23
	4.3. Liberalismus: Verringerung der Abhängigkeit von Ölimporten und Demokratisierung	25
<b>5.</b>	<b>Fazit und Ausblick</b>	<b>27</b>

## Summary

The essay documents indications for "cracks" in the transatlantic relationship, identifies their potential causes, and outlines possible policy responses. Taking up Fukuyama's question of whether the West "is still a coherent concept," we draw attention to the growing dissensus in the fields of environmental politics, security, and human rights. Subsequently, we offer preliminary explanations for these developments based on three leading schools of thought in International Relations. These explanations make reference to the distribution of power in the international system (realism), divergent ideas about the nature and the locus of the democratic legitimization of politics (constructivism), and the configuration of societal interests within states (liberalism). Finally, we come up with some ideas on how to mend the cracks that have appeared in the West, again drawing on the conceptual resources provided by the three schools of thought.

## 1. Einleitung: Die These von den "Rissen im Westen"\*

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts stellte sich für die Politikwissenschaft und die politische Publizistik die Frage, welche weltpolitische Konstellation an seine Stelle treten und welche Kräfte, Tendenzen und Konflikte das Schicksal der Welt in den kommenden Jahren und Jahrzehnten bestimmen würden. Die wohl berühmteste – und berüchtigtste – Antwort, die auf diese Frage gegeben wurde, stammt von Samuel Huntington, der den "Kampf der Kulturen" als das Signum der neuen Ära ausgemacht haben wollte.<sup>1</sup> Daneben gab es jedoch auch – nicht weniger ambitionierte – Analysen, die zu sehr viel optimistischeren Schlussfolgerungen gelangten. An vorderster Stelle steht hier Francis Fukuyamas bereits 1989 verkündete These vom "Ende der Geschichte".<sup>2</sup> Hinter dieser plakativen Formel verbarg sich die Diagnose, dass der Liberalismus – die in der politischen Praxis bewährte Einheit von Demokratie, Marktwirtschaft und Menschenrechten – im Wettstreit der politischen Ideen, in dem Fukuyama (mit Hegel) das zentrale Geschehen und die maßgebliche Triebkraft der Weltgeschichte erblickte, den endgültigen Sieg davon getragen hatte.

Diese Diagnose mag heute, da allem Anschein nach anti-westliche Strömungen in weiten Teilen der Welt erstarken und ein gewaltbereiter und offenbar zunehmend auch in großem Stil gewaltfähiger Islamismus viele Menschen beunruhigt, widerlegt erscheinen. Fukuyama zeigt sich indessen unbeirrt. In einem kürzlich veröffentlichten Artikel<sup>3</sup> weist er darauf hin, dass es keinem der anti-liberalen Fundamentalismen gelungen sei – und nur darauf bezog sich seine These –, sich als ernst zu nehmende Alternative zum liberalen Modell zu etablieren, die den Menschen auch dann noch attraktiv und vorzugswürdig erscheint, nachdem sie – wie im Iran oder in Afghanistan – eine Chance zu ihrer Verwirklichung erhalten hat.

Ob Fukuyama damit Recht hat, sei dahingestellt. Bemerkenswert – und überraschender vor dem Hintergrund der Diagnose, die er vor dreizehn Jahren formuliert hat – ist

---

\* Dieser Beitrag basiert auf einem Vortrag, den Volker Rittberger am 18. November 2002 im Rahmen der "Gespräche in der Bibliothek" des Staatsministeriums Baden-Württemberg gehalten hat. Für Kommentare danken wir den Teilnehmern der sich an den Vortrag anschließenden Diskussion sowie Martin Beck. Eine gekürzte Fassung des Aufsatzes ist in der Zeitschrift "Leviathan" (Jg. 31, Heft 1, 2003) erschienen.

<sup>1</sup> Samuel P. Huntington, *The Clash of Civilizations?*, in: *Foreign Affairs* 72 (1993) 3, S. 22-49; vgl. auch ders., *Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*, Gütersloh 1998.

<sup>2</sup> Francis Fukuyama, *The End of History?*, in: *The National Interest* 16 (Summer 1989), S. 3-18.; vgl. auch ders., *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?* München 1992.

<sup>3</sup> Francis Fukuyama, *The West May Be Cracking. Europe and America*, *International Herald Tribune*, 9.8.2002.; vgl. auch ders., *U.S. vs. Them. Opposition to American Policies Must not Become the Chief Passion in Global Politics*, *Washington Post*, 11.9.2002.

aber in jedem Fall eine andere These, die er in dem erwähnten Artikel vertritt und die sein eigentliches Anliegen darstellt. Sie besagt, dass sich zunehmend die Frage aufdrängt, ob es inzwischen nicht (wider Erwarten doch) eine neue ideologische Konfliktlinie von weltpolitischer Bedeutung gibt, welche nun allerdings nicht (wie bei Huntington) zwischen dem Westen und dem Rest der Welt, sondern innerhalb des Westens – nämlich zwischen den Vereinigten Staaten auf der einen Seite und ihren westlichen, insbesondere europäischen Partnern auf der anderen – verläuft. "Ist 'der Westen'", so fragt Fukuyama sich und seine Leser, "überhaupt noch ein kohärentes Konzept?" und suggeriert im Folgenden eine negative Antwort.<sup>4</sup>

Einiges spricht für Fukuyamas Einschätzung. In der Tat haben sich in den letzten Jahren und insbesondere seit dem Beginn der Präsidentschaft von George W. Bush die Reibungspunkte und Meinungsverschiedenheiten im transatlantischen Verhältnis in einer Weise vermehrt und intensiviert, dass es angemessen erscheint, von einer deutlichen Beeinträchtigung, wenn nicht gar Krise der innerwestlichen Beziehungen zu sprechen. Zweifellos waren diese Beziehungen niemals gänzlich frei von Mittel- und auch Interessenkonflikten. Diese scheinen aber heute gewichtiger und tiefgreifender zu sein als in früheren Jahren. Außerdem gesellen sich zu ihnen vereinzelt auch Positionsdifferenzen, die den Charakter von Wertekonflikten haben und damit der stehenden Rede von der "transatlantischen Wertegemeinschaft" etwas von ihrer Selbstverständlichkeit zu nehmen beginnen.<sup>5</sup> Eine – zumindest zeitweilig – besonders einschneidende Verschlechterung haben wir jüngst im deutsch-amerikanischen Verhältnis erlebt, nachdem Bundeskanzler Schröder im Bundestagswahlkampf des Jahres 2002 zu den Plänen der Vereinigten Staaten, einen "Regimewechsel" im Irak gewaltsam herbeizuführen, ungewöhnlich deutliche und kritische Worte gefunden hatte. Diese Entwicklung kann die Menschen zu beiden Seiten des Atlantiks nicht gleichgültig lassen, sowohl was die innerwestlichen Beziehungen insgesamt, als auch was die deutsch-amerikanischen Beziehungen im besonderen betrifft. Von einem transatlantischen Verhältnis, das (gemessen am Normalfall internationaler Beziehungen) von einem hohen Maß an gegenseitiger Wertschätzung und wechselseitigem Vertrauen geprägt ist, profitieren beide Seiten, und dies umso mehr in einer Zeit, in der mit dem transnationalen Terrorismus und der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen neue und schwerwiegende Risiken für die internationale Sicherheit entstanden sind.

---

<sup>4</sup> Vgl. auch Henry Kissinger, Die Risse werden größer, Welt am Sonntag, 1.12.2002. Eine zunehmende Erosion der Grundfesten der europäisch-amerikanischen Beziehungen seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes wurde schon früh auch diesseits des Atlantiks beobachtet: vgl. Werner Weidenfeld, Kulturbruch mit Amerika? Das Ende transatlantischer Selbstverständlichkeit, Gütersloh 1996.

<sup>5</sup> Zu der hier vorgenommenen Unterscheidung zwischen Interessen-, Mittel- und Wertekonflikten vgl. Manfred Efinger / Volker Rittberger / Michael Zürn, Internationale Regime in den Ost-West-Beziehungen. Ein Beitrag zur Erforschung der friedlichen Behandlung internationaler Konflikte, Frankfurt a. M. 1988, Kap. 3.

Dementsprechend haben alle Beteiligten (mag ihnen das bewusst sein oder nicht) etwas zu verlieren, wenn die Entscheidungsträger und Völker es zulassen, dass dieses Verhältnis dauerhaft Schaden nimmt.<sup>6</sup>

Im Folgenden soll zunächst der Frage etwas genauer nachgegangen werden, welche Anzeichen es dafür gibt, dass es in der Tat zu "Rissen im Westen" gekommen ist. Sodann werden wir danach fragen, welche theoriegestützten Erklärungen sich für diese Entwicklung anbieten. Schließlich sollen – mit Rekurs auf diese Erklärungsversuche – einige Überlegungen dazu angestellt werden, wie diese "Risse" möglicherweise gekittet werden können.

## **2. Die Anzeichen: Welche Belege gibt es für die Existenz von "Rissen im Westen"?**

### **2.1. Der wachsende Dissens in der Umwelt-, Sicherheits- und Menschenrechtspolitik**

Wie bereits erwähnt, haben sich die Regierungen diesseits und jenseits des Atlantik in den zurückliegenden Jahren und insbesondere, seit der Republikaner Bush, Jr. den Demokraten Clinton im Amt des US-Präsidenten abgelöst hat, immer wieder und, wie es scheint, immer häufiger außerstande gesehen, in wichtigen Fragen der internationalen Politik zu einvernehmlichen Standpunkten oder wenigstens zu für beide Seiten akzeptablen Kompromissen zu finden. Diese Streitpunkte betreffen nicht nur die wirtschaftlichen Beziehungen, wo sie auch früher schon gang und gäbe waren (und überdies, was ihnen viel von ihrer Sprengkraft nimmt, im Rahmen eines etablierten Re

---

<sup>6</sup> Einen handfesten Eindruck davon, was bei einer dauerhaften Verschlechterung der transatlantischen Beziehungen allein in wirtschaftlicher Hinsicht auf dem Spiel stehen könnte, erhält man, wenn man sich einige grundlegende Daten vor Augen führt. So investieren europäische und US-amerikanische Unternehmen mehr in die Wirtschaft der jeweils anderen Region als in den gesamten Rest der Welt zusammengenommen. "Trotz aller Rhetorik über das 'asiatische Jahrhundert' gilt es zu sehen, dass die amerikanische Wirtschaft während der zurückliegenden acht Jahre [1994-2001 (d. Verf.)] zehnmal mehr in den Niederlanden als in China investiert hat. Die europäische Wirtschaft erzeugt mehr als 60% aller neuen Arbeitsplätze, die von internationalen Investoren in den USA geschaffen worden sind." (Daniel S. Hamilton, Die Zukunft ist nicht mehr, was sie war. Europa, Amerika und die neue weltpolitische Lage, Stuttgart: Robert-Bosch-Stiftung, 2002, S. 29f.) Auch die Verflechtung der deutschen Wirtschaft mit der US-Ökonomie ist beträchtlich. So stammen 17,8 Mrd. Euro der insgesamt 95,7 Mrd. Euro an Direktinvestitionen, welche 2001 aus dem Ausland in Deutschland neu angelegt wurden, von US-Investoren. Was den umgekehrten Kapitalfluss betrifft, sprechen die Zahlen sogar eine noch deutlichere Sprache: Von den Brutto-Neuinvestitionen (Direktinvestitionen) im Wert von insgesamt rund 122,5 Mrd. Euro, welche die deutsche Wirtschaft im Jahre 2001 im Ausland tätigte, flossen 41,8% (51,2 Mrd. Euro) in die USA, bei weitem mehr als in jedes andere Land. (Auf Platz 2 folgte mit deutlichem Abstand Großbritannien (16,8 Mrd. Euro).) (Quelle: [http://www.bundesbank.de/hv/bw/download/berichte/direkt01.pdf] Rev. 2002-12-29). Ein nachhaltiger Rückgang dieses Anteils aufgrund einer anhaltenden Verschlechterung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses würde für die hiesige Wirtschaft kaum kompensierbare Einbußen mit allen bekannten negativen Folgen bedeuten.

gelwerks, der WTO, ausgetragen werden). Es gibt sie darüber hinaus zunehmend im Bereich der Umweltpolitik, in der Sicherheitspolitik und selbst in Menschenrechtsfragen.

Viele dieser Konflikte gehorchen dem Schema, dass die Vereinigten Staaten zum Verdruss vieler Europäer nicht etwa lediglich auf andere gemeinsame Problemlösungsansätze drängen, als sie diesen vorschweben, sondern der Gemeinsamkeit selbst den Rücken zukehren, wo sie dies für zweckmäßig halten. Man denke an den Rückzug der USA aus dem Kyoto-Prozess, den die Europäer für ein unverzichtbares Instrument zur Milderung der Folgen des Klimawandels ansehen, oder an ihre Weigerung, es der großen Mehrzahl der Staaten (einschließlich aller Mitglieder der Europäischen Union) nachzutun und die Konvention zum Schutz der biologischen Vielfalt (Artenvielfalt) zu ratifizieren.

Auch im Bereich der internationalen Sicherheitspolitik und v.a. der Rüstungskontrolle haben die Vereinigten Staaten wiederholt dem Unilateralismus vor internationaler Kooperation den Vorzug gegeben und dabei selbst solchen internationalen Abkommen ihre Unterstützung entzogen, für die sie bisher eingetreten waren und auf deren Ausgestaltung sie maßgeblichen Einfluss genommen hatten: So haben sie – ungeachtet der Vorbehalte vieler europäischer Verbündeter – den ABM-Vertrag mit Russland (als der Rechtsnachfolgerin der Sowjetunion) gekündigt, um ein Raketenabwehrsystem entwickeln und errichten zu können, von dem Beobachter befürchten, dass es die nukleare Abschreckung destabilisieren könnte. Desgleichen haben sie die Ergänzung der Biowaffen-Konvention um ein Überwachungs- und Verifikationssystem blockiert, wirksame internationale Maßnahmen zur Eindämmung des Handels mit Kleinwaffen behindert, dem Abkommen zum Verbot von Landminen nicht zugestimmt und den (Atomwaffen-)Teststopp-Vertrag, über den vierzig Jahre verhandelt worden war, zwar unterzeichnet, schließlich aber doch nicht ratifiziert – und damit aus der Sicht der meisten europäischen Regierungen Fortschritte in zentralen sicherheitspolitischen Problemfeldern verhindert oder erschwert.

Schließlich trafen die Vereinigten Staaten auch auf dem Gebiet der Menschenrechte Entscheidungen, durch die sie die Europäer vor den Kopf gestoßen haben. Prominentestes Beispiel ist das – von den europäischen Regierungen nachdrücklich geförderte – Projekt eines Internationalen Strafgerichtshofs, das die USA nicht nur nicht mehr länger unterstützen (nachdem sie das Statut von Rom bereits unterzeichnet hatten), sondern sogar aktiv hintertreiben, indem sie kooperationswillige Staaten unter Druck setzen. Dieser aktuelle Fall gesellt sich zu den schon länger bestehenden Unstimmigkeiten, die im Menschenrechtsbereich zwischen den USA und einem Großteil der Staa

tengemeinschaft existieren, insbesondere hinsichtlich der umstrittenen Praxis der Todesstrafe.<sup>7</sup>

## 2.2. Der Dissens über den Umgang mit "Schurkenstaaten"

Nirgendwo aber ist der transatlantische Dissens gegenwärtig spektakulärer und brisanter als bei der Frage nach dem angemessenen Umgang mit den Bedrohungen durch den transnationalen islamistischen Terrorismus und den so genannten Schurkenstaaten, bei denen es mehr oder minder deutliche Indizien dafür gibt, dass sie sich in den Besitz von ABC-Waffen und geeigneten Trägersystemen zu bringen versuchen. Unmittelbar nach den Anschlägen vom 11. September 2001, die nicht nur in den westlichen Ländern tiefes Entsetzen und aufrichtiges Mitgefühl auslösten, genossen die USA ein hohes Maß an Sympathie. Sie konnten sich – wir erinnern uns an das Wort von Bundeskanzler Schröder von der "uneingeschränkten Solidarität" – der tatkräftigen Unterstützung ihrer alten und einiger neuer Partner in ihren Bemühungen, eine Wiederholung solcher Ereignisse zu verhindern, sicher wissen. Der "Krieg gegen den Terrorismus", der zunächst in Afghanistan, dem logistischen Zentrum von Al-Qaida, geführt wurde, fand die Billigung der Vereinten Nationen und wurde von der NATO mitgetragen – auch wenn der weitreichende und unbestimmte Charakter der amerikanischen Ziele in diesem Krieg frühzeitig Besorgnisse auslöste und obwohl dieser Krieg – anders als noch im Falle des Kosovo-Konfliktes – an der NATO vorbei geführt wurde und wird.

Das Blatt wendete sich jedoch, als nach dem militärischen Sieg über das Taliban-Regime und der damit verbundenen mutmaßlichen (aber wohl nicht durchschlagenden) Schwächung des Al-Qaida-Netzwerks ein anderes Ziel von den Vereinigten Staaten ins Visier genommen wurde: der Irak. Aus den verheerenden Anschlägen vom September 2001, die das Land buchstäblich aus heiterem Himmel trafen, hat die Regierung von Präsident George W. Bush den Schluss gezogen, dass es zur Wahrung der eigenen Sicherheit (aber auch der Sicherheit von verbündeten und befreundeten Staaten) erforderlich sein kann, Aggressionen seitens staatlicher oder nicht-staatlicher Akteure durch "vorbeugendes" oder "zuvorkommendes" (preemptive) militärisches Handeln zu vereiteln – und erklärt dies sogar offen zu einem Teil ihrer außenpolitischen Doktrin, so z.B. in ihrer im September 2002 veröffentlichten Nationalen Sicherheitsstrategie, in der diese Doktrin mit "a distinctly American internationalism" um

---

<sup>7</sup> Für eine detaillierte Auflistung von Fällen, in denen die USA Kooperationsanstrengungen der Staatengemeinschaft behindert oder durchkreuzt haben, vgl. P.J. Simmons, *Global Challenges. Beating the Odds*, Washington, D.C.: Carnegie Endowment for International Peace (Policy Brief No. 17, August 2002) [<http://www.ceip.org/files/pdf/Policybrief17.pdf>] Rev. 2002-11-11.

geschrieben wird.<sup>8</sup> In einem weiteren, im Dezember 2002 veröffentlichten Strategiepapier werden die Ziele solcher "präemptiven Maßnahmen" konkretisiert als Gegner, die über Massenvernichtungswaffen verfügen (WMD-armed adversaries). Auch der Einsatz von Atomwaffen gegen diese Gegner wird nicht ausgeschlossen.<sup>9</sup> Die Entscheidung darüber, ob die Notwendigkeit derartiger Maßnahmen im Einzelfall besteht, will die US-Regierung nicht den Vereinten Nationen oder selbst der NATO überlassen. Vielmehr beansprucht die Bush-Administration für die USA das Recht, nötigenfalls allein und ohne den Segen der internationalen Gemeinschaft oder der Verbündeten tätig zu werden.<sup>10</sup> Dadurch werden sowohl die bisherige Praxis des Containment als auch das Gebot der Konsultation und Konsensbildung – zumindest mit den transatlantischen Partnern – bei Entscheidungen dieser Tragweite negiert.

Im Irak des Saddam Hussein sehen die Vereinigten Staaten – anders als z.B. in Indien oder Pakistan – einen solchen WMD-armed adversary und damit eine potenzielle Gefahr für die Sicherheit Amerikas, seiner Verbündeten und der Staaten der Region, die zu einer manifesten und dann vielleicht nicht mehr beherrschbaren Bedrohung werden wird, wenn ihr nicht rechtzeitig Einhalt geboten wird. Sie sind davon überzeugt, dass die Führung des Irak, die ihre Skrupellosigkeit mehr als einmal unter Beweis gestellt hat, unverändert die Absicht verfolgt, Massenvernichtungswaffen und – beispielsweise mit nordkoreanischer Hilfe – dafür ausgelegte weitreichende Trägersysteme zu erwerben, und dass das Inspektions- und Sanktionsregime der Vereinten Nationen bisher bestenfalls geeignet war, diesen Prozess zu verlangsamen. Letzten Endes – so die Auffassung der Bush, Jr.-Administration – kann diese Bedrohung nur durch einen "Regimewechsel" im Irak beseitigt werden, der nach Lage der Dinge nicht ohne eine massive militärische Intervention von außen zustande kommen wird. Zusätzlich legi

---

<sup>8</sup> The White House, The National Security Strategy of the United States of America, Washington, D.C. 2002 [[www.whitehouse.gov/nsc/nss.pdf](http://www.whitehouse.gov/nsc/nss.pdf)] Rev. 2002-11-11. – Vgl. dazu Peter Rudolf, "Präventivkrieg" als Ausweg? Die USA und der Irak, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP-Studie S 23, Juni 2002) sowie Klaus-Dieter Schwarz, Amerikas Mission. Eine Analyse der nationalen Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP-Aktuell No. 38, Oktober 2002). Deutschsprachige Kommentare geben den Begriff "preemptive" regelmäßig mit "präventiv" wieder. In der angelsächsischen Debatte wird jedoch zwischen *prevention* und *preemptive strike* unterschieden: während *prevention* sich gegen lediglich potentielle Gefahren richtet und illegitim ist, kommt ein Staat mit einem *preemptive strike* lediglich und berechtigterweise einem unmittelbar drohenden oder verlässlich zu erwartenden Angriff zuvor. Vgl. Michael Walzer, *Just and Unjust Wars. A Moral Argument With Historical Illustrations*, New York 1977, S. 74-85.

<sup>9</sup> The White House, The National Strategy to Combat Weapons of Mass Destruction, Washington D.C. 2002 [[www.whitehouse.gov/news/releases/2002/12/WMDStrategy.pdf](http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/12/WMDStrategy.pdf)] Rev. 2002-12-29.

<sup>10</sup> Ein klassisches Beispiel für präemptives militärisches Handeln stammt aus dem Juni 1981, als Israel ohne vorhergehende Konsultationen einen Bombenangriff auf einen im Bau befindlichen irakischen Reaktor durchführte. Diese Aktion wurde vom Sicherheitsrat in seiner Resolution 487 (1981) zwar scharf verurteilt, fand aber insgeheim viel Verständnis in der internationalen Staatengemeinschaft. Vgl. Max Jakobson, *Shades of Roosevelt and Stalin. Preemption*, International Herald Tribune, 17.10.2002.

timiert wird diese Vorgehensweise mit der Vision einer Art von positivem 'Domino-Effekt', wonach ein (wie immer unvollkommen) demokratisierter Irak zum Kristallisationskern für eine allmähliche Demokratisierung aller autoritären Regime im Nahen Osten werden könne. Diese Demokratisierung werde es nicht nur den USA und anderen westlichen Staaten erleichtern, mit den Staaten der Region verlässlich und vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. Sie werde auch das Sicherheitsdilemma innerhalb der Region entschärfen und könne selbst für den israelisch-palästinensischen Konflikt gänzlich neue Perspektiven eröffnen. Schließlich werde nach amerikanischer Ansicht eine Demokratisierung der Staaten des Vorderen Orient zu einer Verminderung der gesellschaftlichen Frustration führen und damit dem gewaltbereiten islamistischen Extremismus den Nährboden entziehen.<sup>11</sup>

Aus der Sicht der (kontinental-)europäischen Partner<sup>12</sup> ist dieses Szenario vielleicht wünschenswert, aber wenig wahrscheinlich. Sie nehmen die Warnungen der arabischen Führungen ernst, dass eine gewaltsame Intervention im Irak leicht einen Flächenbrand auslösen könnte, der auch Israel in Mitleidenschaft ziehen würde und sich – vermittelt der muslimischen Minderheiten in Europa – selbst auf die innere Sicherheit in ihren eigenen Ländern negativ auswirken könnte. Sie erwarten von einer militärischen Intervention im Irak weder dort noch sonst wo in der Region einen nachhaltigen Demokratisierungsschub. Eher als zu dem besagten positiven 'Domino-Effekt' werde es zu einer Intensivierung anti-westlicher Ressentiments und zu einer weiteren Stärkung islamistischer Kräfte kommen, die dadurch vielleicht sogar ihrem erklärten Ziel, die korrupten traditionellen Regime zu stürzen und durch revolutionäre Theokratien zu ersetzen, einen entscheidenden Schritt näher gebracht würden. Die Europäer zweifeln überdies an der Bereitschaft der Vereinigten Staaten, die Ressourcen aufzubringen, die notwendig sein werden, um einen militärisch besiegt Post-Saddam-Irak in einen halbwegs funktionierenden demokratischen Staat zu verwandeln. Denn dies würde ihrer Auffassung nach bedeuten, dass sich die USA – wie seinerzeit in Deutschland und in Japan – über viele Jahre – und nicht bloß kurzzeitig – mit Truppen, Wirtschaftshilfe und kultureller Einflussnahme in dem Land würden engagieren müssen – ein Projekt, für das sie in den USA weder hinreichende gesellschaftliche Unterstützung noch den erforderlichen politischen Willen der Regierenden erkennen können. Gleichzeitig sehen sie sich selbst außerstande, diese Last anstelle der Amerikaner zu schultern. Europäer und darunter mit besonderem Nachdruck die Bundesregierung weisen auch darauf hin, dass der "Krieg gegen den Terrorismus" – ein sicherheitspolitisches Problem, das, wie sie betonen, mit der Bedrohung durch den Irak

---

<sup>11</sup> Vgl. dazu Herfried Münkler, Blockierte Entwicklung. Über amerikanische Motive für einen weiteren Golfkrieg, Frankfurter Rundschau, 29.11.2002.

<sup>12</sup> Großbritannien nimmt hier bekanntlich häufig eine abweichende Haltung ein, indem es der US-amerikanischen Weltsicht zuneigt.

nichts zu tun hat – noch längst nicht gewonnen sei und dass es daher mindestens verfrüht sei, eine "zweite Front" zu eröffnen. Dadurch würden nicht nur andernorts nach wie vor dringend benötigte militärische und finanzielle Ressourcen gebunden, sondern auch und vor allem die politischen und diplomatischen Rahmenbedingungen für einen erfolgreichen Kampf gegen transnationale Terrornetzwerke – soll heißen: die auch islamische Länder einschließende internationale "Allianz gegen den Terror" – unterminiert.<sup>13</sup> Schließlich fürchten die Europäer die weltwirtschaftlichen Folgen einer Irak-Invasion zu einem Zeitpunkt, da die Wachstumsaussichten ohnehin wenig verheißungsvoll sind.<sup>14</sup>

Sah es im Frühjahr und Sommer 2002 noch so aus, als schicke sich die Bush, Jr.-Administration an, das Irak-Problem unter Umgehung der internationalen Gemeinschaft in ihrem Sinne zu lösen, so regte sich bei den Europäern (und dem Rest der Welt) die Hoffnung, es werde doch nicht zu einer eigenmächtigen Entscheidung und zu einem Alleingang der USA kommen, als sich diese Anfang September zu einer multilateralen Vorgehensweise bereit fanden und sich darauf einließen, über den VN-Sicherheitsrat erneut Druck auf Saddam Hussein auszuüben und ihm die Chance zu geben, durch uneingeschränkte Kooperation mit den Inspektoren der Vereinten Nationen und der Internationalen Atomenergiebehörde die effektive Abrüstung seines Landes im Einklang mit den einschlägigen Resolutionen des VN-Sicherheitsrats unter Beweis zu stellen und dadurch einen Krieg zu vermeiden.

Die Europäer boten hierzu ihrerseits keine kohärente Strategie an. Vielmehr bezogen sie in der Debatte recht unterschiedliche Positionen auf dem Kontinuum der Handlungsmöglichkeiten, das sich zwischen den Polen einer militärischen Intervention einerseits und einer Fortsetzung der bisherigen Containment-Politik andererseits erstreckt. Während Deutschland, das mit Beginn des Jahres 2003 wieder zu den Mitgliedern des VN-Sicherheitsrates gehört und im Februar sogar den Vorsitz führen wird, an seiner kategorischen Ablehnung eines militärischen Vorgehens gegen den Irak festhielt und auch für den Fall einer durch die VN autorisierten Intervention eine Beteiligung ausschloss,<sup>15</sup> und Großbritannien sich (wieder einmal) bedingungslos an

<sup>13</sup> So zuletzt wieder mit Nachdruck Außenminister Fischer in seiner Rede vor dem VN-Sicherheitsrat am 20.1.2003. [<http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/aussenpolitik/>] Rev. 2003-01-21.

<sup>14</sup> So warnte etwa Bundesfinanzminister Hans Eichel am 12. September 2002 in der ZDF-Talkshow „Berlin Mitte“: „Ein Krieg im Irak bedeutet mit Gewissheit den sprunghaften Anstieg des Ölpreises und damit erhebliche Turbulenzen in der Weltwirtschaft.“ [<http://www.heute.t-online.de/ZDFheute/artikel/0,1367,WIRT-0-2014578,00.html>] Rev. 2003-01-15.

<sup>15</sup> Zu Beginn des Jahres 2003 sah es so aus, als wäre die Bundesregierung auf dem Weg dahin, diese Position zumindest teilweise zu revidieren. So ließ Außenminister Fischer in einem Interview durchblicken, dass sich Deutschland im Falle einer offenkundigen Nichterfüllung der Resolution 1441 durch den Irak im Sicherheitsrat einer Folgeresolution nicht widersetzen werde, freilich ohne sich anschließend am militärischen Vorgehen einer dazu autorisierten "coalition of the willing" zu beteiligen. (Vgl. dazu "Die Hoffnung wird immer kleiner", Interview mit Außenminister Fischer, Der Spie-

die Seite der USA stellte, versuchten die mit Vetomacht ausgestatteten ständigen Mitglieder Russland und vor allem Frankreich nicht ganz erfolglos, den USA Zugeständnisse abzurufen. Hauptstreitpunkt war, ob in dem Fall, dass der Irak die in der angestrebten Resolution niedergelegten Bedingungen seiner Abrüstung nicht erfüllen würde, eine zweite Resolution erforderlich sein sollte, um gegebenenfalls militärische Zwangsmaßnahmen zu legitimieren – ein Prozedere, bei dem der Sicherheitsrat das Heft des Handelns in der Hand behalten und das es den Kriegsskeptikern im Sicherheitsrat (zumindest de iure) ermöglicht hätte, Zeit zu gewinnen.<sup>16</sup>

Am 8. November 2002 verabschiedete der Sicherheitsrat schließlich einstimmig die Resolution 1441, die dem Irak ein umfassendes und an einen engen Zeitplan geknüpftes Abrüstungs- und Verifikationsregime auferlegt. Die Resolution droht nicht ausdrücklich mit Gewalt für den Fall, dass der Irak diese Auflagen nicht erfüllt, wenngleich sie unmissverständlich an die "ernsten Konsequenzen" erinnert, vor denen der Rat den Irak wiederholt gewarnt hat, sollte dieser seine Verpflichtungen weiterhin nachhaltig verletzen ("material breach"). Entscheidend aus US-amerikanischer und britischer Sicht ist jedoch, dass umgekehrt auch nicht festgeschrieben ist, dass weitergehende Schritte im Fall von erheblichen Verstößen des Irak gegen die Resolution 1441 vom Sicherheitsrat beschlossen werden müssen. Aus dem von Russland und Frankreich verlangten Erfordernis einer zweiten Resolution ist eine bloße Konsultationsverpflichtung geworden, die die Vereinigten Staaten in jedem Fall erfüllen können, ohne dadurch an der Einleitung militärischer Maßnahmen gehindert zu sein.<sup>17</sup>

---

gel Nr. 1 (30. 12. 2002), S. 22f. und "Ratlos in New York", ebd., S. 20-24.) In seiner Rede vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 20. Januar (vgl. Fn. 13) bekräftigte Fischer jedoch erneut die "ablehnende Haltung [der Bundesregierung] gegenüber einer Militäraktion [gegen den Irak]" (vgl. auch "Powell droht mit Krieg, Fischer mahnt zum Frieden", Spiegel Online - 20. Januar 2003 [<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,231574,00.html> Rev. 2003-01-21]).

<sup>16</sup> Im günstigsten Fall hätte dieser Zeitgewinn genügt, um eine Intervention durch die USA bis auf weiteres zu verhindern, da diese aus klimatischen Gründen nur unter sehr erschwerten Bedingungen außerhalb der Wintermonate stattfinden kann.

<sup>17</sup> Für eine derartige Auslegung der Resolution durch die USA und Großbritannien spricht der Umstand, dass die militärische Vorbereitung auf einen Krieg gegen den Irak zu Beginn des Jahres 2003 in vollem Gange ist. Außenminister Colin Powell hat mit Blick auf die Lücken in dem vom Irak eingereichten Bericht über Waffenprogramme auf seinem Territorium bereits von einer "erheblichen Verletzung" ("material breach") von Verpflichtungen gesprochen, die dem Irak durch die Resolution auferlegt worden sind. (Vgl. "U.S. Says Iraq 'Fails' on Disclosure. Powell Calls Weapons Declaration a 'Breach' of U.N. Resolutions", Washington Post, 20.12.2002, A 01.) In der Zwischenzeit sind selbst deutsche VN-Diplomaten der Auffassung, dass nicht sicher sei, ob eine zweite Resolution erforderlich wäre – so der deutsche VN-Botschafter Gunter Pleuger in einem Gespräch mit der New York Times (vgl. "Germany Will Not Insist on Second Vote, Envoy Says", New York Times, 9.1.03 [<http://www.nytimes.com/2003/01/09/international/europe/09GERM.html>] Rev. 2003-01-14). Der deutschen Regierung wäre dies insofern willkommen, als sie dadurch von einem Entscheidungszwang befreit würde. Bundeskanzler Schröder selbst sprach sich bei seiner Pressekonferenz zum Jahresauftakt – am 14. Januar 2003 – jedoch erneut für eine zweite Resolution des UN-Sicherheitsrats in der Irak-Frage aus: „Ich denke, dass es eher wahrscheinlich ist, dass die europäischen Partner auf eine zweite Entschließung hinarbeiten werden, (...) ich halte das auch für vernünftig“. [<http://www.sueddeutsche.de/index.php?url=/deutschland/politik/60228&datei=index.php> Rev. 2003-01-15].

Aus europäischer Sicht mag es zwar als ein ermutigender Erfolg gewertet werden, dass die USA sich am Ende dazu entschlossen haben, die Vereinten Nationen in dieser Frage nicht einfach zu ignorieren. Aber dies kann letztlich nicht darüber hinwegtäuschen, dass es ihnen nicht gelungen ist, den USA, wie es Außenminister Colin Powell ausdrückt, "Handschellen" anzulegen,<sup>18</sup> aus dem einfachen Grund, weil diese stets glaubwürdig damit drohen konnten, das von ihnen für notwendig Erachtete auch ohne Rückendeckung durch die internationale Gemeinschaft zu tun.

### 2.3. Fremd- und Selbstwahrnehmungen im transatlantischen Verhältnis

Diese Differenzen in der Behandlung der Irak-Frage reflektieren und nähren zugleich eine spannungsreiche Konstellation von Fremd- und Selbstwahrnehmungen im transatlantischen Verhältnis: Die Europäer sehen die Vereinigten Staaten als eine hegemoniale Macht, die immer weniger davon überzeugt ist, auf internationale Kooperation angewiesen zu sein, und die glaubt, Solidarität 'konsumieren' zu können, ohne im selben Umfang in sie 'investieren' zu müssen. Sie registrieren bei der einzig verbliebenen Supermacht eine wachsende Neigung zum Unilateralismus oder, genauer, zu einem "Multilateralismus à la carte", einer Außenpolitik also, die durch internationale Institutionen vermittelte internationale Zusammenarbeit nur dann und nur insoweit praktiziert, als sie den eng verstandenen eigenen nationalen Interessen dient, und die Frustration, die sie damit bei ihren Partnern auslöst, unbekümmert in Kauf nimmt. Dieser Hegemon verfügt über eine präzedenzlose militärische und technologische Überlegenheit<sup>19</sup> und behält sich die Entscheidung vor, wann und wo er sie einsetzt. Widerstrebend nehmen die Europäer zur Kenntnis, dass damit völkerrechtliche Grundnormen wie das allgemeine Gewaltverbot und das Gewaltlegitimationsmonopol aufgrund von Kap. VII SVN faktisch zur Disposition gestellt werden – so wenn, wie bereits erwähnt, das Recht auf eine "präemptive Verteidigung" zu einem integralen Bestandteil der außen- und sicherheitspolitischen Doktrin des Landes erhoben wird. Mehr noch als vor der kühl kalkulierenden Realpolitik der USA fürchten sie sich aber vor einem moralisch aufgeladenen und manichäistisch geprägten, Selbstbeschränkungen nahezu jeglicher Art zurückweisenden Neo-Idealismus, wie er in Formulierungen wie der von der "Achse des Bösen" zum Ausdruck kommt, von der Präsident Bush in sei

---

<sup>18</sup> Colin Powell sagte am 28. Oktober 2002 vor europäischen Journalisten: "By our willingness to show flexibility on that point, we essentially believe we have accommodated those who wanted an opportunity to decide this. They have now the opportunity to decide or not to decide it, to pass a second resolution or offer a second resolution or not, and we will be part of that debate. We're part of that Security Council. We had to make sure that we did not do it in such a way that a set of handcuffs were being put upon the United States and other nations (...)." [<http://www.usembassy.it/file200211/alia/a2110106.htm>] Rev. 2003-01-15.

<sup>19</sup> Paul Kennedy, *The Greatest Superpower Ever*, in: *New Perspectives Quarterly* 19 (2002) 3, S. 8-18. [[http://www.digitalnpq.org/archive/2002\\_spring/kennedy.html](http://www.digitalnpq.org/archive/2002_spring/kennedy.html)] Rev. 2003-1-6.

ner Rede zur Lage der Nation im Januar 2002 gesprochen hat.<sup>20</sup> Vor diesem Hintergrund nehmen sich die Europäer selbst als Wahrer der Prinzipien des Völkerrechts und einer internationalen Ordnung wahr, die mit der Vision einer auf Gewaltverzicht, gemeinsamen Regeln, Kompromissorientierung und Dialog basierenden internationalen Politik kompatibel ist und die sie durch eine maßvolle, auf Ausgleich und Kooperation setzende, kurz: zivilisierende Außenpolitik zu fördern suchen.

Demgegenüber neigen die USA dazu, in der Europäischen Union eine Staatengemeinschaft zu sehen, die sich weigert, das Maß an Verantwortung für die internationale Sicherheit zu übernehmen, das ihrem ökonomischen Gewicht oder wenigstens ihrem Selbstbild als bedeutendem Akteur der internationalen Politik und ihren damit verbundenen weltordnungspolitischen Ambitionen entspreche. Stellvertretend für viele mit der Bush, Jr.-Administration sympathisierende Politik-Analysten spricht Robert Kagan in diesem Zusammenhang von einem Machtgefälle (power gap) zwischen den USA und Europa, welches unter anderem darin zutage trete, dass sich die Europäer mehr und mehr von der Macht(-politik) verabschiedeten zugunsten einer in sich geschlossenen (self-contained) Welt von Gesetzen, Regeln und Verhandlungen.<sup>21</sup> Manche der US-Meinungsführer sehen sogar die 'alte Welt', deren Regierungen es nicht gelingt, ihre Ökonomien und Sozialsysteme zu reformieren, und deren Gesellschaften einer allmählichen Vergreisung entgegengehen, in einem bereits jetzt unaufhaltsam gewordenen Niedergang begriffen. In der Wahrnehmung der US-Amerikaner weigern sich ihre europäischen Partner, den Bedrohungen, die von weltweit vernetzten und über beträchtliche Finanzmittel verfügenden Terrororganisationen und nach Massenvernichtungsmitteln strebenden Diktatoren ausgehen, wirklich ins Auge zu sehen, weil sie sich vor den Konsequenzen fürchten, die sie daraus zu ziehen hätten und die sie ihren Bevölkerungen nicht vermitteln könnten. Gleichzeitig versuchten sie, die Vereinigten Staaten zu bremsen, wenn diese die notwendigen Maßnahmen einleiten, weil sie – zu Recht – fürchten, dass sie dadurch noch mehr an Einfluss auf das weltpolitische Geschehen verlieren oder sich in ihrer relativen Bedeutungslosigkeit exponieren würden. Daraus resultiere eine Politik, die zugleich ängstlich und sorglos erscheint. Aufgebracht sind die Amerikaner, weil sie darin auch ein zynisches Kalkül seitens der Europäer zu erspüren meinen, wonach es ohnehin nicht die Europäer, sondern eigent

---

<sup>20</sup> William Pfaff, Thinking With a Manichaeon Bent. Light vs. Darkness, International Herald Tribune, 28.11.2002.

<sup>21</sup> Robert Kagan, Power and Weakness, in: Policy Review No. 113 (June/July 2002) [<http://www.policyreview.org/JUN02/kagan.html>] Rev. 2002-11-11. – Kagens Einschätzung der transatlantischen Beziehungen ist mittlerweile zum Gegenstand einer intensiven Debatte geworden. Für Beiträge aus der deutschen Diskussion vgl. Gulliver vs. Liliput. Robert Kagens "Macht und Schwäche" in der Debatte (mit Beiträgen von Hans Arnold, Hans-Peter Dürr, Gunther Hellmann, Andrian Kreye, Claus Leggewie, Otfried Nassauer, August Pradetto, Ulrich K. Preuß, Joscha Schmierer, Sibylle Tönnies, Frank Unger, Karsten D. Voigt und Werner Weidenfeld), in: Blätter für deutsche und internationale Politik 47 (2002) 11, S. 1345-1364.

lich nur oder in erster Linie die USA seien, die sich vor 'kataklismischen' Terrorangriffen nach Art des 11. September 2001 zu fürchten hätten. Sie selbst sehen die Vereinigten Staaten demzufolge als eine Nation, die den ihr durch ihre einzigartige Machtstellung zugefallenen Aufgaben gerecht wird und die Verantwortung für die internationale Sicherheit, aber auch für die globale Ausbreitung und Verwirklichung von Demokratie, Marktwirtschaft und Menschenrechten übernimmt. Sie verstehen sich mithin als "wohlwollenden Hegemon",<sup>22</sup> der Kollektivgüter wie ein Mindestmaß an internationaler Sicherheit und politischer und wirtschaftlicher Freiheit für die Welt bereitstellt. Dass sie dabei auch ihre eigenen sicherheitspolitischen und ökonomischen Interessen im Auge behalten, steht dazu nicht im Widerspruch: schließlich könnte ein geschwächter Hegemon die Ordnungsfunktionen nicht mehr erfüllen, für die es in einer anarchischen Welt keinen Ersatz gibt.

### 3. Erklärungsansätze: Warum ist es zu diesen Rissen gekommen?

#### 3.1. Drei Perspektiven auf die internationale Politik

Bei der Suche nach Erklärungen für diese Differenzen und Spannungen im transatlantischen Verhältnis lohnt ein Blick auf die Theorien, die Politikwissenschaftler verwenden, um Ereignisse und Prozesse der internationalen Politik zu erklären. In der Wissenschaft von den internationalen Beziehungen gibt es keinen Konsens darüber, welche Begriffe, Annahmen und Modelle am besten dazu geeignet sind, Licht auf das Verhalten von Staaten und anderen Akteuren der internationalen Politik zu werfen. Vielmehr konkurrieren mehrere Theorien oder "Paradigmata" miteinander. Wir greifen drei von diesen heraus, weil sie zum einen zu denen gehören, denen in den internationalen Beziehungen am meisten Beachtung geschenkt wird, und zum anderen weil sich ihre Grundgedanken in vielen Analysen des transatlantischen Missbehagens spiegeln.<sup>23</sup>

Die erste dieser Theorien ist der *Realismus*, der von der Annahme ausgeht, dass sich die internationale Politik letztlich immer um Sicherheit oder die Maximierung von Überlebenschancen dreht. Dies wird darauf zurückgeführt, dass die internationalen Beziehungen – anders als die Innenpolitik, wo es Rechte und Regeln gibt, die nötigen

<sup>22</sup> Duncan Snidal, Limits of Hegemonic Stability Theory, in: *International Organization* 39 (1985) 4, S. 579-615.

<sup>23</sup> Vgl. auch John S. Duffield, Transatlantic Relations after the Cold War. Theory, Evidence, and the Future, in: *International Studies Perspectives* 2 (2001) 1, S. 93-115. Zu den drei im Folgenden skizzierten Denkschulen der internationalen Beziehungen vgl. z.B. Gert Krell, *Weltbilder und Weltordnung*. Einführung in die Theorie der internationalen Beziehungen, Baden-Baden 2000, Kap. 6, 8 u. 11. Zur hervorgehobenen Stellung dieser Theorien im aktuellen wissenschaftlichen Diskurs über internationale Beziehungen s. Stephen M. Walt, *International Relations. One World, Many Theories*, in: *Foreign Policy* 110 (1998), S. 29-47.

falls von Gerichten verbindlich ausgelegt und mit Hilfe der Exekutive durchgesetzt werden – unter der Bedingung der Anarchie und des Sicherheitsdilemmas stehen, welche die Staaten als die Hauptakteure der Weltpolitik in letzter Instanz auf Selbsthilfe verweisen. Zur Selbsthilfe fähig ist im Ernstfall derjenige, der über ausreichend Macht, d.h. über genügend militärische, ökonomische, ideologische und politisch-diplomatische Ressourcen verfügt, um anderen Akteuren seinen Willen aufzwingen oder sich selbst dem Zwang anderer Akteure erfolgreich widersetzen zu können. Das Selbsthilfe-Prinzip schließt zwar nicht aus, dass Staaten miteinander im wechselseitigen Interesse kooperieren, wohl aber besagt es, dass sie darüber sowohl die Entwicklung ihrer relativen Machtposition als auch die Gefahr des Hintergangens nicht aus dem Auge verlieren dürfen, denn der Partner von heute kann der potenzielle Gegner von morgen sein.

Aus der Perspektive des (*Sozial-*)*Konstruktivismus* ist dieses Bild der internationalen Politik bei weitem zu einfach und auch zu pessimistisch. "Anarchie" – so lautet die Losung des Konstruktivismus – "ist, was die Staaten daraus machen",<sup>24</sup> soll heißen: Machtpolitik, Sicherheitskonkurrenz, Misstrauen, der latente "Krieg aller gegen alle" und all die übrigen Bestandteile so genannter Realpolitik sind zwar historisch möglich, aber kein unvermeidliches Produkt der anarchischen Vorzeichen, unter denen Weltpolitik stattfindet. Materielle Bedingungen wie z.B. die Verteilung von militärischen oder wirtschaftlichen Kapazitäten sind nicht bestimmend für den Charakter, den die internationalen Beziehungen zu einem gegebenen Zeitpunkt annehmen. Anarchie – also das Fehlen einer Weltregierung, die Streit ohne Rückgriff der Beteiligten auf gewaltsame Selbsthilfe verlässlich und wirksam beizulegen vermag – ist mit unterschiedlichen "Kulturen", d.h. relativ stabilen Konstellationen von Selbst- und Fremdwahrnehmungen, verträglich. Deren Möglichkeitsspektrum schließt Feindschaft ein, erstreckt sich aber auch auf bloße (friedliche) Konkurrenz und selbst Einvernehmen und Freundschaft zwischen Staaten. Für Konstruktivisten sind mithin ideelle und soziale Faktoren wie Werte, Normen, soziale Rollen oder kollektive Identitäten (Selbstverständnisse) entscheidend für das Verhalten von Staaten und anderen Akteuren der internationalen Politik.

Auch die dritte Theorie, auf die hier Bezug genommen werden soll, geht auf Distanz zu den ebenso einfachen wie unbequemen Wahrheiten, mit denen der Realismus seit jeher alle Hoffnungen auf eine zivilisierte internationale Politik zu dämpfen gesucht hat. Wie wir gesehen haben, geht der Realismus davon aus, dass die internationale Anarchie und die zu einem bestimmten Zeitpunkt bestehende Machtkonfiguration (z.B. Hegemonie oder Bipolarität) für jeden einzelnen Staat die entscheidenden Daten

---

<sup>24</sup> Alexander Wendt, *Anarchy is What States Make of It. The Social Construction of Power Politics*, in: *International Organization* 46 (1992) 2, S. 391-425.

setzen, an denen er seine Außenpolitik auszurichten hat, will er sein Überleben und Gedeihen in einer gefährlichen Welt sichern. Aus der Perspektive des *Liberalismus* ist dies eine Überschätzung der externen Faktoren, die auf die Außenpolitik von Staaten einwirken. Wie ein Staat seine Politik anderen Staaten gegenüber gestaltet und welchen Charakter die Beziehungen zwischen Staaten annehmen, hängt demnach nicht allein oder auch nur vorwiegend von seiner Machtposition bzw. der zwischen den betreffenden Staaten bestehenden Machtverteilung ab, sondern in erster Linie davon, wie in dem Staat (bzw. in den in Frage stehenden Staaten) der politische Prozess organisiert ist und wessen Interessen aufgrund der sozialen und politischen Institutionen und Praktiken in diesem Staat (bzw. in diesen Staaten) die größten Chancen haben, von den außenpolitischen Entscheidungsträgern berücksichtigt zu werden. Insbesondere vertritt der Liberalismus die Auffassung, dass Demokratien, deren Institutionen es den außenpolitischen Entscheidungsträgern schwer machen, die Kosten von riskanten Entscheidungen auf Dritte (sprich: die Bevölkerung) abzuwälzen, eine kooperativere und friedlichere Außenpolitik betreiben als autoritäre Staaten – eine Tendenz, die vor allem im Binnenverhältnis der Demokratien untereinander deutlich zu Buche schlägt. Liberale Theoretiker zögern nicht (und wissen dabei eindrucksvolle empirische Belege auf ihrer Seite), den Befund, dass Demokratien einander nicht bekriegen, in die Nähe eines sozialwissenschaftlichen Gesetzes zu rücken.<sup>25</sup>

### **3.2. Realistische, konstruktivistische und liberale Erklärungsansätze für die Risse im transatlantischen Verhältnis**

#### **3.2.1. Realistische Perspektiven**

Betrachtet man nun die transatlantischen Beziehungen, wie sie sich seit dem Ende des Ost-West-Konflikts entwickelt haben, im Lichte dieser drei Theorien, so wird man nicht umhin können, dem Realismus eine beträchtliche Erklärungskraft zu attestieren. Außenpolitik aus realistischer Sicht ist Machtpolitik und schlägt sich nieder in dem Streben nach Autonomie und Einfluss.<sup>26</sup> Staaten wollen autonom sein, um nicht daran gehindert zu werden, ihre Machtmittel so einzusetzen, wie es ihnen zur Sicherung ihrer Existenz und ihres Wohlergehens notwendig erscheint; und sie wollen Einfluss auf andere Staaten nehmen, um es diesen möglichst schwer zu machen, ihre Machtmittel

<sup>25</sup> Vgl. z.B. James Lee Ray, *Democracy: On the Level(s), Does Democracy Correlate With Peace?*, in: *What Do We Know About War?*, hg. von John A. Vasquez, Lanham 2000, S. 299-316; Anna Geis, *Diagnose: Doppelbefund – Ursache ungeklärt? Die Kontroverse um den "demokratischen Frieden"*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 42 (2001) 2, S. 282-298 sowie Jack S. Levy, *War and Peace*, in: *Handbook of International Relations*, hg. von Walter Carlsnaes / Thomas Risse / Beth Simmons, London 2002, S. 350-368.

<sup>26</sup> Rainer Baumann / Volker Rittberger / Wolfgang Wagner, *Macht und Machtpolitik. Neorealistic Außenpolitiktheorie und Prognosen über die deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung*, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 6 (1999) 2, S. 245-286.

zu ihrem Schaden einzusetzen (oder zuallererst das Quantum an Macht zu erwerben, durch das sie ihnen gefährlich werden könnten). Wenn Staaten zwischen Autonomie und Einfluss zu wählen haben, entscheiden sie sich meist für ersteres und zwar insbesondere dann, wenn ihnen ihre Sicherheitslage prekär erscheint. Alle Staaten neigen zur Machtpolitik, aber nur bei den bereits Mächtigen entfaltet sich diese Tendenz ungehemmt und zwar je mächtiger sie sind desto mehr.

Wendet man diese Überlegungen auf unseren Fall an, so sehen wir, dass in etwa das eingetreten ist, was wir aus realistischer Sicht hätten erwarten können. Die Vereinigten Staaten betreiben eine Außenpolitik, die, weil sie Autonomie und Einfluss zu steigern sucht, als Machtpolitik beschrieben werden kann. Im Konfliktfall entscheidet sie sich gegen den Einfluss, der auf institutionalisierter Kooperation gründet, zugunsten von Autonomie, also einer Politik der Alleingänge, der keine "Handschellen" angelegt sind, eben so wie es der Realismus gerade in Zeiten einer intensivierten Bedrohung erwarten würde. Schließlich beobachten wir dieses Verhalten verstärkt in den letzten Jahren, in einer Zeit also, in der sich die beispiellose Machtstellung der USA immer deutlicher herauskristallisiert hat. Das Temporaladverbial "in den letzten Jahren" soll betonen, dass sowohl der US-Unilateralismus als auch die Existenz neuer Sicherheitsbedrohungen Erscheinungen sind, die nicht erst seit der Amtsübernahme von George W. Bush zu registrieren sind. Das gegenwärtige Verhalten der USA ist vielmehr nur als extreme Variante eines schon zu Zeiten des Kalten Krieges bestehenden US-Hegemonialismus zu bewerten, der sich – nach dem Wegfall der zweiten Supermacht – nun gleichwohl verstärkt hat. Und was die neue Qualität der die Grenzen zwischen Außen und Innen verwischenden Bedrohung betrifft, so sind die Ereignisse des 11. September 2001 nur der Höhepunkt einer ganzen Reihe von terroristischen Anschlägen, denen US-Einrichtungen über die gesamten 1990er Jahre hinweg ausgesetzt gewesen sind.<sup>27</sup>

Die Bedrohungsperzeption der Europäer fällt demgegenüber deutlich schwächer aus. Was den transnationalen Terrorismus betrifft, so werden die USA weiterhin als alleinige oder hauptsächliche Betroffene möglicher weiterer Anschläge angesehen. Aber auch was die Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen in den Händen von "Schurkenstaaten" anbelangt, gibt es Dissens: Anders als für die USA stellt es sich für die Europäer nicht als eine auf absehbare Zeit realistische Gefahr dar, zum Opfer eines mit ABC-Waffen durchgeführten Angriffs von Staaten wie Nordkorea, dem Irak oder dem Iran zu werden.<sup>28</sup> Angesichts dieser Diskrepanz in der Wahrnehmung und einer

---

<sup>27</sup> Erinnerung sei hier an das erste Attentat auf das World Trade Center (Februar 1993; 6 Tote) sowie an die Attacken auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania (August 1998; 224 Tote) und auf die USS Cole im Hafen von Aden (Oktober 2000; 17 Tote).

<sup>28</sup> Zur unterschiedlichen Wahrnehmung der Bedrohung durch den Irak vgl. Robert Kagan (Fn. 21).

fehlenden einheitlichen europäischen Strategie zur Bekämpfung dieser neuen Bedrohungen sehen sich die USA auf sich allein gestellt und nutzen das transatlantische Machtgefälle zur Durchsetzung ihrer eigenen Strategie. Fraglich ist freilich, inwiefern die gegenwärtige Strategie auch das von dem Altmeister des Realismus, Hans J. Morgenthau, stets betonte Klugheitsgebot des Realismus erfüllt,<sup>29</sup> d.h. inwiefern die von Washington gewählte Vorgehensweise tatsächlich den sicherheitspolitischen Interessen der USA dienlich sein wird.<sup>30</sup>

### 3.2.2. Konstruktivistische Perspektiven

Auch der Konstruktivismus leistet einen Beitrag zur Analyse, indem er den Beobachter für die ideelle und soziale Dimension der gegenwärtigen Spannungen sensibilisiert. Als wir oben auf die verschiedenen und z.T. kontrastierenden Selbst- und Fremdwahrnehmungen diesseits und jenseits des Atlantik hinwiesen, haben wir bereits implizit eine konstruktivistische Perspektive eingenommen. Auch der eingangs zitierte Fukuyama hebt die Bedeutung der weltanschaulichen Differenzen – die in unterschiedlichen historischen Erfahrungen gründen – hervor. Für ihn lassen sich die meisten der transatlantischen Misshelligkeiten auf tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten zwar nicht über den Wert, wohl aber über die Natur oder den Ort der demokratischen Legitimation von Politik zurückführen.

Fukuyama bringt die Unterschiede zwischen den USA und (Kontinental-)Europa auf den folgenden Nenner:

"Amerikaner neigen dazu, keine Quelle demokratischer Legitimität oberhalb des konstitutionellen demokratischen Nationalstaats zu erkennen. Insoweit eine internationale Organisation Legitimität besitzt, hat sie diese, weil rechtmäßig konstituierte demokratische Mehrheiten sie ihr in einem ausgehandelten, kontraktuellen Prozess übertragen haben. Eine solche Legitimität kann durch die Vertragsparteien zu jeder Zeit zurückgenommen werden. Das internationale Recht und internationale Organisationen haben keine Existenz unabhängig von dieser Art von freiwilliger Übereinkunft zwischen souveränen Nationalstaaten. Im Unterschied dazu neigen Europäer dazu zu glauben, dass demokratische Legitimität dem Willen einer internationalen Gemeinschaft entspringt, die viel größer ist als jeder individuelle Nationalstaat. Diese internationale Gemeinschaft ist derzeit nicht in einer einzigen, globalen demokratischen konstitutio

<sup>29</sup> Vgl. Hans J. Morgenthau, *Macht und Frieden. Grundlegung einer Theorie der internationalen Beziehungen*, Gütersloh 1963, S. 56.

<sup>30</sup> Für eine kritische Analyse der aktuellen US-Außenpolitik unter dieser Perspektive vgl. Joseph S. Nye, Jr., *The Paradox of American Power. Why the World's Only Superpower Can't Go it Alone*, Oxford 2002.

nellen Ordnung verkörpert. Gleichwohl weist sie den existierenden internationalen Institutionen, die sie gemäß dieser Auffassung teilweise verkörpern, Legitimität zu."<sup>31</sup>

Auch wenn man dieser Interpretation<sup>32</sup> zustimmt, bleiben Fragen offen: Denn wenn es diese ideologischen Unterschiede sind, die das transatlantische Verhältnis belasten, so möchte man doch gerne wissen, woher sie wiederum rühren. Wie bereits angedeutet, würden Konstruktivisten versuchen, die jeweiligen außenpolitischen Identitäten der Partner auf unterschiedliche historische Erfahrungen zurückzuführen. Gert Krell verweist in diesem Zusammenhang auf den Exzeptionalismus, die "spezifisch amerikanische Variante des Nationalismus". Aus dem bis zu den ersten Einwanderern zurückreichenden Selbstverständnis, eine neue und bessere Welt zu repräsentieren, könnte der Widerstand zu erklären sein, von Instanzen jenseits des eigenen Staates Werte und Ziele anzunehmen und sich dadurch wieder eingrenzen zu lassen. Neben dem Exzeptionalismus verweist Krell auf den ausgeprägteren Individualismus in der politischen Kultur der USA, der von Beginn an von religiösem Fundamentalismus begleitet wurde. "In den USA ist bis heute 'das Böse' keine bloß religiöse, sondern durchaus eine politische Kategorie. (...) Verbunden mit diesem fundamentalistischen Grundzug, der sich teilweise bis auf den frühen Puritanismus zurückführen lässt, ist ein manichäisches Weltbild mit einer Tendenz zur Überhöhung des Selbst."<sup>33</sup> Die korrespondierenden europäischen Erfahrungen hätten demgegenüber zu tun mit einer gemeinsamen Geschichte, in der Nationalismus und unbeschränkte Souveränität mit Krieg und Zerstörung und Supranationalismus und Integration mit Frieden und Wohlstand assoziiert sind.

Doch auch wenn man dieser Sichtweise folgen will, bleibt hinsichtlich der Erklärung der zunehmenden Spannungen im transatlantischen Verhältnis ein Problem bestehen: Die besagten Unterschiede in der politischen Kultur im allgemeinen und in den Legitimationsvorstellungen im besonderen, die diesseits und jenseits des Atlantik vorherrschen, sind kaum erst in den letzten Jahren entstanden – wie sollen sie dann aber Konflikte oder eine Häufung von Konflikten erklären, die wir erst seit kurzem beobachten? Immerhin liegt eine Antwort auf diese Frage auf der Hand: Dass diese Unterschiede erst jetzt deutlich in Erscheinung treten und die transatlantischen Beziehungen beeinträchtigen, liegt daran, dass der Ost-West-Konflikt – der auch und in erster Linie

---

<sup>31</sup> Francis Fukuyama, *The West May Be Cracking* (Fn. 3).

<sup>32</sup> Sie könnte verfeinert werden, indem man auf die soziokulturelle Nähe zwischen Großbritannien und den USA verweist, um die "special relationship" dieser beiden Staaten zu erklären, die in vieler Hinsicht einen von den hier angestellten Beobachtungen abweichenden Fall darstellt.

<sup>33</sup> Gert Krell, *Arroganz der Macht, Arroganz der Ohnmacht. Der Irak und die deutsch-amerikanischen Beziehungen* (unveröffentlichtes Manuskript, Frankfurt a. M. 2002).

eine Auseinandersetzung über fundamental divergierende politische Wertvorstellungen war – diese relativ dazu geringen Differenzen schlicht verdeckt hatte.

### 3.2.3. Liberale Perspektiven

Auf den ersten Blick scheint der Liberalismus nicht in der Lage zu sein, viel zur Erklärung der Krise in den transatlantischen Beziehungen beizutragen. Eher hilft er uns zu verstehen, warum die Kooperation innerhalb dieses Segments der Staatenwelt (zumindest bisher) so ungewöhnlich vielfältig, tief und stabil gewesen ist: Da das Sicherheitsdilemma – das Realisten für eine internationale Universalie ansehen – nach liberaler Lesart zwischen Demokratien nicht existiert oder vernachlässigenswert ist, weil sie einander nicht existenziell bedrohen, ist es ihnen möglich, sich auf Formen der engen Zusammenarbeit einzulassen, selbst wenn sie dadurch an Entscheidungsautonomie einbüßen und sich in wechselseitige Abhängigkeiten begeben. Was der Liberalismus an der gegenwärtigen Situation immerhin erklären kann, ist, dass es nirgendwo erkennbar die Besorgnis gibt, die Meinungsverschiedenheiten könnten zu gewaltsamen Auseinandersetzungen eskalieren. Die Mitglieder der NATO bilden das, was im Jargon des Liberalismus eine "pluralistische Sicherheitsgemeinschaft" (Karl W. Deutsch) genannt wird, und dazu gehört die verlässliche Erwartung, dass Konflikte nicht unter Rückgriff auf militärische Gewalt oder auch nur die Drohung damit ausgetragen werden.

Der Liberalismus kann allerdings noch einen weiteren Gedanken beisteuern, der einiges Licht auf die aktuell hervortretenden konflikthafter Züge in den transatlantischen Beziehungen wirft: Aus liberaler Sicht hat Außenpolitik immer auch eine innenpolitische Seite. Regierungen sind versucht (und erliegen dieser Versuchung von Zeit zu Zeit), mit der Art, wie sie auswärtige Konflikte bearbeiten und im Extremfall sogar schüren, innenpolitisch zu "punkten". Diese Versuchung wird umso größer sein, je ungesichert ihre innenpolitische Machtposition erscheint, je verbreiteter und ausgeprägter Stimmungen (wie z.B. Patriotismus oder Anti-Amerikanismus) in der Bevölkerung sind, die sich durch eine bestimmte konfliktakzentuierende Außenpolitik bedienen lassen, und je geringer oder leichter begrenztbar der damit verbundene außenpolitische Schaden erscheint. Gerade die jüngsten Verstimmungen speziell im deutsch-amerikanischen Verhältnis – zwei Länder, deren derzeitige Regierungen jüngst wichtige und hart umkämpfte Wahlen zu bestehen hatten – bieten reiches Anschauungsmaterial für diese Hypothesen.

Durch den Blick auf innergesellschaftliche Stimmungen ließe sich also möglicherweise die aktuelle und in dieser Form neuartige, weil entschiedene und öffentliche, Ablehnung einer sicherheitspolitischen Haltung der USA durch die deutsche Bundesregierung erklären. Immerhin wird durch den von Bundeskanzler Schröder verkündeten

"deutschen Weg"<sup>34</sup> ein Bruch mit einem 30jährigen Politikstil vollzogen, der durch die Selbstbindung an kollektive Legitimationsbeschlüsse, mithin auch an Beschlüsse des VN-Sicherheitsrates, gekennzeichnet war. . Dafür, dass bei der Formulierung der deutschen Haltung ein wahltaktisches Kalkül im Spiel gewesen sein könnte, spricht, dass in einer kurz nach der Bundestagswahl 2002 durchgeführten Umfrage rund 49% der Befragten eine deutsche Beteiligung an militärischen Zwangsmaßnahmen gegen den Irak kategorisch ablehnten. Allerdings befürworteten kaum weniger (46%) eine Beteiligung im Rahmen eines VN-Mandats.<sup>35</sup> Ob dieser knappe Vorsprung aber aussagekräftig genug ist, um den von Henry Kissinger als "Anti-Amerikanismus" der politischen Elite<sup>36</sup> interpretierten deutschen Sonderweg durch innergesellschaftliche Faktoren zu erklären, bleibt mehr als fraglich. Hier könnte eine Erklärung auf dem Boden der realistischen Theorie mit dem Hinweis auf einen deutschen Machtzuwachs nach der Vereinigung möglicherweise besser greifen.<sup>37</sup>

Überraschenderweise stößt die Theorie des Liberalismus aber auch bei der Erklärung des US-Verhaltens in der aktuellen Irak-Frage an ihre Grenzen. Zumindest kann von einer überwältigenden Unterstützung einer Entsendung von US-Truppen in den Persischen Golf durch die amerikanische Bevölkerung nicht die Rede sein. Hier fiel die Zustimmungsrates im August 2002 unter 60%; Ende Oktober waren sogar nur 55% der Befragten für einen Militäreinsatz.<sup>38</sup> Trotz der überraschend niedrigen und schon gar nicht bedingungslosen Unterstützung<sup>39</sup> durch die Öffentlichkeit kann das Verhalten der Regierung unter Präsident George W. Bush durch innergesellschaftliche Faktoren mit erklärt werden: "Über die Mobilisierung des Sicherheitsarguments und der Bedro

---

<sup>34</sup> Gerhard Schröder auf einer SPD-Wahlkampfveranstaltung am 5. August 2002 in Hannover ("Die SPD im Wahlkampf auf einem 'deutschen Weg'", Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.8.2002).

<sup>35</sup> Infratest dimap Oktober 2002 [<http://www.infratest-dimap.de/politik/deutschlandtrend/dt0210/default.htm>] Rev. 2002-11-12.

<sup>36</sup> Henry Kissinger, The 'Made in Berlin' Generation, Washington Post, 30.10.2002.

<sup>37</sup> Für eine umfassende Analyse der deutschen Außenpolitik seit der Vereinigung auf der Grundlage der im Text genannten Theorien vgl. Volker Rittberger (Hrsg.), German Foreign Policy Since Unification. Theories and Case Studies, Manchester/New York 2001.

<sup>38</sup> Deutliche Unterschiede zwischen deutscher und US-Bevölkerung gibt es hingegen bei der Frage, ob Saddam Hussein gestürzt werden soll. Während sich 62% der Befragten in den USA dafür aussprechen, sind es in Deutschland gerade einmal 33% (Quelle: The Pew Research Center [<http://people-press.org/reports/>] Rev. 2002-12-29).

<sup>39</sup> Neuere Umfragen zeugen indes von einer breiteren Zustimmung in der amerikanischen Öffentlichkeit für den Kriegskurs der Bush, Jr.-Administration. Demnach waren Mitte Januar 2003 mehr als zwei Drittel (68%) der Befragten für ein militärisches Handeln gegen den Irak. Allerdings bleiben die Befunde zwiespältig. Denn zur gleichen Zeit sprachen sich nur knapp 30% für einen Angriff auf den Irak aus in dem Fall, dass es nicht gelingt, einen Beweis dafür zu erbringen, dass das Land Massenvernichtungswaffen besitzt (Quelle: The Pew Research Center [<http://people-press.org/reports/>] Rev. 2003-01-18).

hung von außen wird die mangelnde innenpolitische Legitimität einer Regierung kompensiert oder partikuläre Interessenvertretung kaschiert."<sup>40</sup> Zur Stützung dieser Behauptung sind freilich weitere Untersuchungen notwendig. Fest steht allerdings, dass im Januar 2002 das Vertrauen in die innenpolitische Kompetenz der Bush-Administration nur bei 40:60 lag, während ihre Kompetenz bezüglich der nationalen Sicherheit und der Terrorismus-Bekämpfung eine deutlich positivere Bewertung von 70:30 erhielt.<sup>41</sup>

#### 4. Lösungsansätze: Wie die Risse kitten?

Die vorstehenden Überlegungen zu einigen theoriegeleiteten Erklärungsansätzen für die jüngsten Spannungen im transatlantischen Verhältnis haben sich auf den Bereich der Sicherheitspolitik konzentriert. Wenn es im Folgenden um die Frage nach geeigneten Problemlösungsstrategien geht, soll der Schwerpunkt wiederum auf diesem Politikbereich liegen. Diese Fokussierung ist nicht unvermeidlich: Schließlich ist es (wie wir gesehen haben) keineswegs so, dass die europäisch-amerikanischen Beziehungen auf anderen Gebieten wie etwa der Finanz-, Außenwirtschafts- und Umweltpolitik nur durch Harmonie gekennzeichnet wären. Dennoch kommt den Sicherheitsbeziehungen eine Sonderstellung zu, die es rechtfertigt, ihnen besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Denn während sich jene Spannungen in verschiedenen *Low-politics*-Feldern als Symptome eines Konkurrenzverhältnisses deuten lassen, das auch schon vor dem Ende des Kalten Krieges existierte, sind vergleichbare Konflikte im Rahmen der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit, welche das tragende Fundament der transatlantischen Partnerschaft während des Kalten Krieges bildete, erst in den vergangenen Jahren<sup>42</sup> in dieser Häufigkeit und Intensität aufgetreten.

Adäquate Strategien zur sicherheitspolitischen Zusammenarbeit im allgemeinen oder zum Umgang mit den neuen Sicherheitsbedrohungen – wie transnationaler Terrorismus und Massenvernichtungswaffen im Besitz von "Schurkenstaaten" – im besonderen könnten daher auch der Schlüssel zu einer für beide Seiten zufriedenstellenden,

---

<sup>40</sup> Gert Krell (Fn. 33).

<sup>41</sup> Gert Krell (Fn. 33) - Ein anderer liberaler Ansatz zur Erklärung des 'Atlantischen Grabens' stützt sich auf das Konzept der "Innen-Außen-Analogie", d.h. die Neigung von Staaten, im Innern praktizierte politische und gesellschaftliche Verhaltensweisen wie z.B. Konfliktbearbeitungsstrategien in ihrem Außenverhalten zu reproduzieren. So weist Tony Judt auf die wachsenden Unterschiede zwischen der US-amerikanischen und den europäischen Gesellschaften hin und sieht darin einen wichtigen Teil der Erklärung für die divergierenden Einstellungen der westlichen Partner zu Fragen der internationalen Politik, vgl. Tony Judt, *Sich selbst der schlimmste Feind. Über das Paradox der amerikanischen Macht*, in: *Merkur* 56 (2002) 643, S. 976-979.

<sup>42</sup> Eine Ausnahme bildet Frankreichs Austritt aus dem militärischen Zweig der NATO im Jahre 1966. Eine entfernte Ähnlichkeit mit den aktuellen Konfliktlagen weisen außerdem die wiederkehrenden Konflikte über die Lastenteilung innerhalb der Allianz auf.

freilich von bisherigen Selbstverständlichkeiten Abschied nehmenden Neu-Definition der Grundlagen und Aufgaben des westlichen Bündnisses bzw. der transatlantischen Gemeinschaft sein.<sup>43</sup> Solche möglichen Vorgehensweisen werden im Folgenden skizziert.

#### **4.1. Realismus: Bildung von Gegenmacht durch Vorantreiben der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik**

Folgt man der Argumentation Kagans, dass das unterschiedliche Grundverständnis internationaler Politik diesseits und jenseits des Atlantik vor allem dem Machtgefälle zwischen Amerika und Europa geschuldet sei,<sup>44</sup> so scheint eine angemessene Reaktion im Aufbau einer annähernd gleichwertigen (Gegen-)Macht auf europäischer Seite zu bestehen – ein Bestreben, das von der realistischen Denkschule erwartet und als "balancing" bezeichnet wird. Wenngleich die objektive und subjektive Sicherheitsbedrohung durch "Schurkenstaaten" für Europa auf absehbare Zeit geringer sein mag als für die USA, wäre Gegenmachtbildung gerade auch im Hinblick auf die transatlantischen Beziehungen durchaus nahe liegend. Denn zumindest aus realistischer Perspektive stellt Amerikas Machtvorsprung letztlich auch eine Bedrohung für die Eigenentwicklung Europas dar, da ein darauf gestützter US-Unilateralismus unter Umständen auch direkt zu Lasten fundamentaler europäischer Interessen gehen kann, ohne dass die Europäer dem unter den gegenwärtigen Bedingungen etwas entgegenzusetzen hätten.

Der Aufbau einer europäischen Gegenmacht müsste eine Stärkung militärischer Kapazitäten einschließen. Konkret hieße dies: ein entschlossenes (wenngleich nicht auf die militärpolitische Komponente reduziertes) Vorantreiben des noch recht jungen Projekts einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP).<sup>45</sup> Auf der politischen Ebene würde dazu vor allem eine bessere Koordination und letztlich eine

---

<sup>43</sup> Dass es sich tatsächlich um eine Neu-Definition der Beziehungen (im Unterschied zu einer bloßen Vergewisserung von alten Gemeinsamkeiten) handeln muss, wird auch von anderen Beobachtern betont. So stellen Jackson Janes und Cathleen Fisher im Hinblick auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen fest: "Pundits on both sides of the Atlantic are predicting that German-American relations will never again be the same. They are right. (...) That is because both Germany and the United States are still struggling to come to terms with their respective '9/11s.' [was bekanntlich nach der amerikanischen Konvention als "11. September" (2001), nach der deutschen aber als "9. November" (1989) zu lesen ist]" (Jackson Janes / Cathleen Fisher, *Depersonalizing Politics – Focusing on Policy*, Washington, D.C. 2002: American Institute for Contemporary German Studies [www.aicgs.org/at-issue/ai-depersonalizing.shtml] Rev. 2002-11-11).

<sup>44</sup> Robert Kagan (Fn. 21).

<sup>45</sup> Als Geburtsstunde gilt der Europäische Rat in Köln vom 3./4. Juni 1999. Erste Initiativen lassen sich allerdings mindestens bis zum Vertrag von Maastricht (1992) zurückverfolgen. Durch diesen wird im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik erstmals eine Verantwortung der Union in allen Fragen der Sicherheit und eine verteidigungspolitische Perspektive vertraglich verankert (Art. 17 EUV, ex-Art. J.7).

größere Einigkeit der Europäischen Union in Sicherheitsfragen zählen müssen. Dass es daran noch immer fehlt, hat gerade der Irak-Fall wieder gezeigt. Gegenmachtbildung vermittelt einer erheblich aufgewerteten und intensivierten ESVP hätte nicht notwendigerweise einen konfrontativen Charakter. Vielmehr könnte sich durch sie eine neue Form der transatlantischen Arbeitsteilung auf militärischer Ebene einspielen, bei der die Europäer den US-amerikanischen Erwartungen an eine größere Verantwortung für die europäische Stabilität gerecht werden und gleichzeitig die Amerikaner in ausgewählten Regionen außerhalb des europäischen Kontinents unterstützen könnten.<sup>46</sup> Gleichzeitig würde Europa auf diese Weise aber auch unabhängiger von den USA werden, d.h. es wäre im Falle eines sicherheitspolitischen Dissenses weniger sensibel gegenüber dem Druckmittel eines geringeren US-Engagements für die Stabilität des europäischen Kontinents. Im Gegenteil: diese neue Arbeitsteilung könnte der europäischen Seite bisher nicht vorhandene Mitsprachemöglichkeiten bei sicherheitspolitischen Entscheidungen Washingtons verleihen. Zumindest hätte Europas Stimme mehr Gewicht, was den US-Unilateralismus entscheidend relativieren würde. So zieht Werner Weidenfeld in seinem Kommentar zu Kagans Thesen das Fazit: "Was unser Kontinent braucht, um als globaler Akteur und somit als Partner auch in Krisenzeiten ernst genommen zu werden, ist eine strategische Idee Europa."<sup>47</sup>

Dieser Argumentation zugunsten eines entschiedenen Vorantreibens der ESVP ist freilich einschränkend entgegenzuhalten, dass es mehr als fraglich ist, ob eine solche Entwicklung angesichts der finanziellen Spielräume der meisten europäischen Staaten in absehbarer Zukunft überhaupt möglich sein wird. Obgleich durch den (politischen) Realismus inspiriert mag diese Strategie ironischerweise den Makel des mangelnden Realismus besitzen.<sup>48</sup> Schlimmstenfalls könnte sich dieser Weg als Sackgasse erweisen, dann nämlich, wenn die Europäer in einer langen Übergangszeit aufgrund ihrer wachsenden militärischen Möglichkeiten zwar mehr von den Amerikanern in die Pflicht genommen würden, zugleich aber ihre Mitspracherechte nicht im gleichen

---

<sup>46</sup> Vgl. Helga Haftendorn, One Year after 9/11. A Critical Appraisal of German-American Relations. Vortrag vom 17. September 2002 im *American Institute for Contemporary German Studies* [<http://www.aicgs.org/publications/PDF/haftendorn.pdf>] Rev. 2002-11-11.

<sup>47</sup> Werner Weidenfeld, Gesucht: Europa als strategische Idee, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 47 (2002) 11, S. 1363f.

<sup>48</sup> Die USA geben jährlich rund \$ 300 Milliarden für ihr Militärbudget aus, alle EU-Staaten zusammen hingegen "nur" \$ 130 Milliarden (Quelle: [<http://www.sipri.org>] Rev. 2002-12-29). Hinzu kommt, dass das US-Militärbudget in den nächsten Jahren sukzessive anwachsen soll, nicht zuletzt um den Krieg gegen den Terrorismus zu finanzieren: waren es im Jahre 2002 bereits \$ 330,6 Milliarden (= 3,24% des BSP), so sind für das Haushaltsjahr 2003 \$ 369 Milliarden für das Pentagon eingeplant; im Jahr 2007 soll das Militärbudget der USA sogar \$ 442 Milliarden betragen (Quelle: [<http://www.whitehouse.gov/omb/budget/fy2003/>] Rev. 2002-12-29).

Maße zunehmen, da hierzu erst ein gewisser Schwellenwert an eigener Schlagkraft erreicht werden müsste.<sup>49</sup>

#### **4.2. Konstruktivismus: Dialog der Kulturen**

Im Hinblick auf eine mögliche konstruktivistische Erklärung der zunehmenden Spannungen im europäisch-amerikanischen Verhältnis haben wir, unter Bezugnahme auf Fukuyama, das unterschiedliche Verständnis von Legitimität in der internationalen Politik angeführt: Während für die Amerikaner diese Legitimität nicht oberhalb des Nationalstaates zu beschaffen ist, sehen die Europäer in der internationalen Gemeinschaft eine Quelle von Legitimität jenseits des Nationalstaats. Der korrespondierende Lösungsansatz lässt sich anhand dieser Erklärung leicht formulieren, seine Durchführung ist allerdings alles andere als einfach: Langfristig muss es aus europäischer Perspektive darum gehen, die Loyalität der politischen Entscheidungsträger der USA gegenüber multilateralen Abkommen und Organisationen zu stärken, unabhängig davon, ob solche Institutionen ihren eigenen nationalen Interessen unmittelbar entgegenkommen oder nicht. Der von den USA gleichsam selbstverständlich praktizierte Konsum von Solidarität, gerade auch in den letzten beiden Jahren, lässt diesen Ansatz freilich kurzfristig wenig aussichtsreich erscheinen. Immerhin gibt es einige Entwicklungen, die zu der leisen Hoffnung berechtigen mögen, dass es in absehbarer Zeit zu einer Reorientierung der US-amerikanischen VN-Politik kommen könnte. Man denke an die Rückkehr der USA in die UNESCO, aus der sie Ende 1984 ausgetreten waren. Auch die Tatsache, dass im Fall des Irak – anders als seinerzeit die Clinton-Administration im Kosovo-Konflikt – Präsident Bush und Außenminister Powell bei aller Kritik an den VN letztlich doch den Weg über eine Sicherheitsratsresolution gesucht haben, mag hier angeführt werden. Es liegt aber auf der Hand, dass diese Entwicklungen nicht überbewertet werden dürfen, zumal beim jüngsten US-Verhalten gegenüber den Vereinten Nationen instrumentelle Interessen klar dominieren.

Indessen wird von der Denkschule des Konstruktivismus auch nicht postuliert, dass sich ein Wandel der außenpolitischen Identität eines Staates von heute auf morgen vollzieht. Er wird in der Regel auch nicht spontan vonstatten gehen. Ein Instrument, einen solchen Wandel von außen zu befördern, ist – gleichsam als Anti-These zu

---

<sup>49</sup> Im übrigen steht es auf einem anderen Blatt, ob durch die ins Auge gefasste Modernisierung von Waffensystemen und die Aufstockung von Personal (geplant ist derzeit die Aufstellung einer 60.000 Mann starken schnellen Eingreiftruppe noch im Jahre 2003), zusätzlich zu dem möglicherweise positiven Effekt für die transatlantischen Beziehungen, auch ein angemessener Schutz gegenüber den neuen Sicherheitsbedrohungen erreicht werden kann. Zweifel sind angebracht, da zu diesen neuen Bedrohungen die Taktik der asymmetrischen Kriegsführung zählt, gegen die auch die modernsten Waffensysteme nur begrenzt wirksam sind.

Huntingtons "Kampf der Kulturen"<sup>50</sup> – der "Dialog der Kulturen". Grundvoraussetzung ist hierfür die Dialogfähigkeit, die ihrerseits wieder das Ergebnis von langwierigen Lernprozessen ist. Zu dieser Eigenschaft gehört beispielsweise die Überwindung des eigenen "Ethno"zentrismus zugunsten der Fähigkeit zur Empathie, d.h. der Fähigkeit und Bereitschaft, die eigene Position mit den Augen der anderen zu sehen: "Jeder einzelne muss seine individuelle, kollektive, nationale Welt zwischen den anderen möglichen Welten situieren, sie aus anderer/fremder Perspektive betrachten können."<sup>51</sup> Ein wichtiger Schritt hierzu ist die Aneignung von Wissen über andere Nationen, Kulturen und Religionen und die respektvolle Auseinandersetzung mit deren Anspruch auf Anerkennung als gleichwertig. Nun ist es kein allzu großes Wagnis zu behaupten, dass die kulturellen Bande zwischen Europa und den USA recht stark sind und dass beide Seiten, unbeschadet der Definition des Kulturbegriffs im einzelnen, zum gleichen 'Kulturkreis' gehören. Insofern sollte die Strategie eines "Dialogs der Kulturen" hier nicht vor hohen oder gar unüberwindbaren Hindernissen stehen, wenngleich die existierenden intra-kulturellen Differenzen sicherlich noch nicht hinreichend thematisiert worden sind. So muss darüber nachgedacht und mehr noch: ein auf vielen Ebenen stattfindendes Gespräch darüber in Gang gesetzt oder gehalten werden, auf welchem Boden die transatlantischen Missverständnisse und Ressentiments gedeihen, die trotz der unbestreitbaren 'kulturellen Nähe' von Europäern und Amerikanern deren Beziehungen nach wie vor belasten.

Eine ungleich größere Herausforderung stellt der Dialog mit Vertretern einer – wenn man dies überhaupt so simplistisch auf den religiösen Aspekt reduzieren darf – "islamischen" Kultur dar. Hier muss es langfristig darum gehen, durch wachsende Kenntnis und wachsendes Verständnis des oder der jeweils "Anderen" die subjektive Sicherheitsbedrohung abzubauen. Die Politik kann hier als Wegbereiter dienen: so kann die Innenpolitik durch bestimmte Regelungen u.a. die Integration von Zuwanderern erleichtern; und außenpolitisch empfiehlt sich das stetige Feilen an einem Regelsystem, das die soziale Gerechtigkeit auf der internationalen Ebene fördert, z.B. im Rahmen der WTO die nach wie vor hohen v.a. nicht-tarifären Handelsbarrieren für

---

<sup>50</sup> Huntingtons Schlagwort ist irreführend, weil die zentrale Auseinandersetzung in Wahrheit nicht *zwischen*, sondern *innerhalb* von Kulturen stattfindet. Dieser intra-kulturelle Kampf herrscht zwischen säkularisierten Schichten (zu denen oft auch Teile der autoritär herrschenden Eliten, aber auch Teile der den autoritären Neo-Patrimonialismus bekämpfenden Opposition zählen) und religiösen Gegenkräften (die sich auf die Bewahrung oder Wiederbelebung heiliger Traditionen berufen oder sich um charismatische, Religiosität zur kollektiven Identifikationsstiftung instrumentalisierende Führer scharen). Zwar wird dieser innerzivilisatorische Konflikt von uns im Islam besonders deutlich wahrgenommen, doch ist er keineswegs auf ihn beschränkt. In den USA etwa tritt die "Religious Right" ebenso für eine Rückkehr zu einer vermeintlich glorreichen und tugendhaften Vergangenheit ein wie etliche Islamisten-Gruppen im Orient. Vgl. dazu z.B. Edda Heiligsetzer, Religiös-fundamentalistischer Terrorismus im Vergleich. Extremistischer Protestantismus in den USA und fundamentalistische Gewalt im islamischen Orient, in: Die Friedens-Warte 76 (2001) 1, S. 81-100.

<sup>51</sup> Ludwig Liegle, Dialog der Kulturen (unveröffentlichtes Redemanuskript, Tübingen 2002).

Waren aus Entwicklungsländern (Stichwort: Agrarsubventionen) beseitigt. Darüber hinaus muss es auf der multilateralen Ebene darum gehen, gerade im islamischen Raum das Bewusstsein zu stärken, dass Demokratie kein rein westliches Projekt ist, sondern eine Herrschaftsform, die mit vielen Kulturen vereinbar ist.

Insbesondere das System der Vereinten Nationen kann hierzu als Forum dienen; es bietet sich für diese Rolle auch explizit an: so war beispielsweise das Jahr 2001 von der VN-Generalversammlung zum "Jahr des Dialogs zwischen den Kulturen" bestimmt worden. Dieser Dialog war zuvor, im September 2000, bereits Gegenstand eines Runden Tisches am Sitz der Vereinten Nationen gewesen, der auf Initiative des iranischen Präsidenten, Mohammed Khatami, und unter Leitung des Generalsekretärs der UNESCO, Koichiro Matsuura, stattfand.<sup>52</sup> In Zukunft wird es darum gehen, diese Ansätze auf allen Ebenen, nicht zuletzt auf der lokalen und Landesebene weiterzuführen.

#### **4.3. Liberalismus: Verringerung der Abhängigkeit von Ölimporten und Demokratisierung**

Ähnlich wie der Konstruktivismus legt der Liberalismus einen Politikansatz nahe, der unmittelbar für den Umgang mit den neuen Sicherheitsbedrohungen und damit mittelbar auch zur Verbesserung des transatlantischen Verhältnisses geeignet erscheint. Dabei geht es weniger um die subjektive Dimension dieser Bedrohung als um die institutionelle Entmachtung oder Zügelung von gesellschaftlichen Interessen, die Staaten zur Anwendung von Gewalt in ihrer Außenpolitik disponieren. Aus liberaler Perspektive liegt ein Lösungsansatz im Konzept der Demokratisierung als umfassende Friedensstrategie. Die liberale Theorie der internationalen Beziehungen ist hier freilich auf die 'Kooperation' mit der Transitionsforschung angewiesen, die ein komplexes Verständnis der Bedingungen von Demokratisierung, z.B. hinsichtlich des Verhältnisses von autoritären Eliten und Reformkräften,<sup>53</sup> erarbeitet. Ein solches Verständnis ist gerade im vorliegenden Zusammenhang notwendig, da sich die autoritären Regime des Nahen und Mittleren Ostens, darunter insbesondere der Ölförderländer, bislang als ausgesprochen resistent gegenüber andernorts zum Zuge gekommenen Demokratisierungstendenzen erwiesen haben.<sup>54</sup> Zu diesen Regimen gehören auch solche, die terro

<sup>52</sup> Vgl. auch Giandomenico Picco u.a., Brücken in die Zukunft. Ein Manifest für den Dialog der Kulturen. Eine Initiative von Kofi Annan, Frankfurt a. M. 2001 sowie The World Bank, Dialogue Across Cultures, May 2-3, 2003. A Summary of the Proceedings [[http://lnweb18.worldbank.org/mna/mena.nsf/Attachments/Dialogue/\\$File/Dialogue-Report.pdf](http://lnweb18.worldbank.org/mna/mena.nsf/Attachments/Dialogue/$File/Dialogue-Report.pdf)] Rev. 2003-01-15.

<sup>53</sup> Vgl. dazu bereits Albert O. Hirschman, *Journeys Toward Progress. Studies of Economic Policy-Making in Latin America*, New York 1965.

<sup>54</sup> Vgl. dazu Peter Pawelka, Der orientalische Staat: zur Resistenz patrimonialer und autoritärer Systeme in einer globalisierten Welt, in: *Entwicklung – Demokratie – Frieden. Schwerpunkte Tübinger Politikwissenschaft*, hg. von Volker Rittberger, Baden-Baden 2003, S. 145-164.

ristische Gruppen unterstützen oder tolerieren oder, wie im Falle des Irak oder des Iran, möglicherweise eigene Massenvernichtungswaffen-Programme unterhalten. Nun tragen die hoch entwickelten westlichen Industriegesellschaften aber selbst mit ihrer energiehungrigen Lebensweise nachdrücklich zur Stärkung solcher Herrschaftssysteme und deren Machthaber bei: Durch hohe Ölrentenzahlungen fördern sie die Entstehung und Fortdauer von "Rentier-Staaten", deren Machthaber – entlastet von dem Demokratisierungsdruck, der sich aus dem für "Steuerstaaten" charakteristischen Postulat "no taxation without representation" ergibt – die ihnen zufallenden Ölrenteneinnahmen zur Unterbindung demokratischer und marktwirtschaftlicher Reformen einsetzen können und dies auch tun.

Hier liegt ein Ansatzpunkt für westliche Demokratien: offensichtlich könnten die Ölrentenzuflüsse an die autoritären Herrscher im Nahen und Mittleren Osten reduziert werden, wenn die wichtigsten Abnehmerländer, insbesondere in Europa, Amerika und Japan, konzertierte wirksame Anstrengungen unternähmen, ihre Abhängigkeit von Ölimporten insgesamt und aus der genannten Region im besonderen zu verringern. Solche Anstrengungen sind möglich und stoßen auf hohe Akzeptanz in den Bevölkerungen, freilich müssten sie den Einfluss berücksichtigen, den bestimmte Interessengruppen und Konzerne auf die Außenpolitik erdölimportierender Länder besitzen. Hinter einer Neubestimmung vom Importinteressen steht daher ein langfristiger Aushandlungsprozess, der innerhalb dieser Staaten auf der gesellschaftlichen Ebene zu führen ist.

Dieses zeitaufwendige Projekt einer die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen nachhaltig abbauenden Energiepolitik wäre ein entscheidender Beitrag zu einer Friedenspolitik, die auf einer Verbindung von Nachhaltigkeit und politischem Wandel beruht und hoch riskanten Strategien einer von außen kommenden Erzwingung demokratischer Reformen bei unverändert verschwenderischer Importabhängigkeit von fossilen Brennstoffen entsagt.<sup>55</sup>

Freilich kommt die konjunktivische Formulierung dieser Aussage nicht von ungefähr. Die Aussichten für ein entschiedenes energiepolitisches Umsteuern seitens der westlichen und der übrigen großen Ölimporteure sind derzeit – trotz der wachsenden Anzeichen für eine anthropogene Klimaerwärmung – eher skeptisch zu beurteilen. Dies gilt zumal für die Vereinigten Staaten, deren Regierung soeben einen starken Anstieg der

---

<sup>55</sup> Siehe dazu Bruno Schoch, *Der 11. September als Quittung? Nicht das Sündenregister der USA, die versäumte Demokratisierung ist die Ursache des Terrorismus*, Frankfurt a. M.: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK-Standpunkte 6/2001) sowie Volker Rittberger, *Herausforderungen für die Friedensforschung nach dem 11. September 2001 aus der Sicht der Politikwissenschaft*, in: S+F 20 (2002) 4. Zum Zusammenhang von Ölimporten und autokratischen Regimen vgl. auch Michael L. Ross, *Does Oil Hinder Democracy?*, in: *World Politics* 53 (2001) 3, S. 325-361. Zum Konzept des Rentier-Staats vgl. Martin Beck, *Friedensprozess im Nahen Osten. Rationalität, Kooperation und politische Rente im Vorderen Orient*, Wiesbaden 2002, 103-161.

eigenen wie der weltweiten Nachfrage nach Öl in den nächsten Jahrzehnten für unvermeidlich erklärt hat und davon ausgeht, dass der Anteil der Importe an der Ölversorgung der USA in den nächsten 25 Jahren von derzeit 55% auf 70% steigen werde.<sup>56</sup> Vor dem Hintergrund der vorstehenden Überlegungen offenbart sich geradezu ein Widerspruch in der Strategie der USA gegenüber dem Nahen und Mittleren Osten: ihre außenpolitische Vision eines demokratischen Vorderen Orient, in dem die Menschenrechte respektiert werden, Wirtschaft und Gesellschaft sich entwickeln und modernisieren und kein Nährboden für Terrorismus mehr existiert,<sup>57</sup> unterminieren sie selbst durch eine Außenwirtschafts- und Energiepolitik, die politischen Wandel blockiert – ein Widerspruch der sich buchstäblich nur durch Gewalt lösen lässt.

Es kommt hinzu, dass die hier angedeutete Friedensstrategie ihrerseits nicht frei von Risiken ist. Denn es gibt theoretische Argumente und empirische Belege dafür, dass der Prozess der Demokratisierung, mithin der Übergang zu einem stabilen (zwischen-)demokratischen Frieden, ein besonderes Gewaltpotential in sich birgt. Wenn autoritäre Regime durch den Rückgang von Rentenflüssen verwundbar sind, so besteht immer auch die Möglichkeit, dass sie zum Mittel der Gewalt greifen, um die Verringerung solcher Einkommen zu kompensieren. Der Überfall des Irak auf Kuwait 1990 liefert hierzu regional einschlägiges Anschauungsmaterial.<sup>58</sup>

## 5. Fazit und Ausblick

Die skizzierten Strategien stellen, wie nicht anders zu erwarten, keine Patentlösungen dar. Allerdings machen sie deutlich, dass durchaus Möglichkeiten bestehen, die Risse im westlichen Bündnis zu kitten, dies umso mehr, als diese Strategien sich wechselseitig nicht ausschließen. Sie können simultan verfolgt werden, um langfristig eine beide Seiten zufrieden stellende Neu-Definition des transatlantischen Verhältnisses hervorzubringen. So setzt die auf der Basis des Realismus getroffene Empfehlung für einen Ausbau der ESVP direkt am europäisch-amerikanischen Verhältnis an und sucht die darin aufgetretenen Ungleichgewichte abzumildern. Die auf der Grundlage des Liberalismus benannte Strategie einer Verringerung der Abhängigkeit von Ölimporten könnte langfristig zu einem nachhaltigen Abbau der Sicherheitsbedrohungen durch transnationalen Terrorismus und autoritäre "Schurkenstaaten" führen, womit – als erwünschter Nebeneffekt – auch die transatlantischen Beziehungen entlastet würden.

<sup>56</sup> Vgl. Michael Renner, Post-Saddam Energy Visions: Cheap Oil, International Herald Tribune, 17.1.2003.

<sup>57</sup> Vgl. Herfried Münkler (Fn. 11).

<sup>58</sup> Diesen Hinweis verdanken wir Martin Beck. Zu den Transitionsrisiken des demokratischen Friedens vgl. Edward Mansfield / Jack D. Snyder, Democratization and the Danger of War, in: International Security 20 (1995) 1, S. 5-38.

Der konstruktivistische Lösungsansatz eines Dialogs der Kulturen, bei dem die Politik eher die Rolle eines Wegbereiters spielt, setzt schließlich bei der subjektiven Sicherheitsbedrohung an, indem er auf ein besseres Verständnis zwischen den verschiedenen kulturell geprägten Lebenswelten diesseits und jenseits des Atlantik, aber auch des "Westens" und des "Südens" abzielt. Auch eine dadurch verminderte Bedrohungswahrnehmung seitens der Europäer und Amerikaner kann helfen, die Risse im Westen zu kitten. Freilich setzen alle genannten Strategiekonzepte auf beiden Seiten des Atlantik die Bereitschaft voraus, die wechselseitige Abhängigkeit wie auch die gemeinsame Verwundbarkeit ernst zu nehmen und der Neigung zur Problem- und Lastenverschiebung auf den jeweils anderen zu widerstehen.

Will man abschließend einen Ausblick wagen, so steht zu vermuten, dass die transatlantischen Auseinandersetzungen über den angemessenen Umgang mit den neuen Sicherheitsbedrohungen vorerst weitergehen und die Beziehungen zwischen den USA und Europa auf politischer Ebene auch immer wieder belasten werden. Dennoch besteht für das europäisch-amerikanische Verhältnis im Großen und Ganzen kein Grund zu großer Besorgnis. Wir mögen Zeugen eines bedeutsamen Umbruchs auf der politischen Ebene sein. Aber die Gemeinsamkeiten und Bindungen in anderen Bereichen sind zu stark, als dass man in der gegenwärtigen Entwicklung ernsthafte Tendenzen zu einem nachhaltigen Zerwürfnis sehen müsste. Dies gilt insbesondere für den kulturellen Bereich angesichts einer stabilen westlichen Wertegemeinschaft, aber auch für den ökonomischen Bereich, in welchem die über den Atlantik gesponnenen Verflechtungen nach wie vor intensiv sind und bleiben werden.